

VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN, KOOPERATIONEN AUSBAUEN

Ein Auftrag an die Zivilgesellschaft für die Zukunft

Wenn Politik Probleme nicht löst, sondern nur noch nach Schuldigen sucht, muss Zivilgesellschaft sich stärker einmischen. Die Instrumente dafür sind vorhanden, notwendig sind mehr Kooperationen und der Wille zur Eimischung. Ein schmerzhafter Blick in die Vergangenheit und 2 optimistische Blicke in die Zukunft geben Anstöße für neue Wege zur Gestaltung unserer Zukunft in einem post-neoliberalen Zeitalter.

Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen – sagt ein Bonmot, das verschiedenen Urhebern zugeschrieben wird. Mit der Vergangenheit ist es da einfacher, auch wenn vieles im öffentlichen Bewusstsein verschüttet ist. Machen wir also zuerst eine Zeitreise über 100 Jahre zurück, in das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts, erleben wir dort eine Überraschung. Was uns heute als graue Vorzeit erscheint, war damals das genaue Gegenteil: Wirtschaftlich, kulturell und technologisch eine Zeit des Aufbruchs und des Optimismus. Niemals zuvor hatte die Globalisierung eine solch hohe Entwicklungsstufe erreicht. Wichtige technische und naturwissenschaftliche Fortschritte kennzeichnen diese Zeit – von Maschinenbau und Elektrizitätswirtschaft über Verkehrs- und Kommunikationstechnologien bis hin zur Medizin. Selbst die Anfänge der Elektromobilität lagen in dieser Zeit: 38 Prozent der in den USA betriebenen Autos waren elektrisch angetrieben. Kurzum: Eine ziemlich optimistische Zeit.

Was danach kam, wissen wir alle: Ein Jahrhundert geprägt von 2 Weltkriegen, unaussprechlichem menschlichen Leid, kultureller Verrohung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Erst langsam haben sich Wirtschaft und Gesellschaft davon wieder erholt.

Diese schmerzliche Zeitreise lehrt uns eins: Wenn wir über einen Zeitraum von mehr als einer Generation in die Zukunft blicken wollen, gewöhnen wir uns besser an den Gedanken, dass nichts wirklich sicher ist und

Zukunft sich nicht linear entwickelt. Aber wir bleiben auch mit der brennenden Frage zurück: Was sind die Weggabelungen, an denen sich entscheidet, ob wir in eine goldene oder in eine schwarze Zukunft gehen? Was kann Zivilgesellschaft tun, um eine nachhaltige Zukunft zu gestalten? Diese Frage können wir nicht beantworten, ohne zuvor einen Blick auf 2 zentrale ökonomische und technologische Megatrends unserer Zeit zu richten

Energiewende und Digitalisierung
Ohne Erschließung und Ausbeutung fossiler Energieträger ist die rasant Entwicklung der Industriegesellschaft in den letzten 2 Jahrhunderten

nicht denkbar – um den Preis zunehmender Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Anders als wir noch vor 40 Jahren gedacht haben, wird diese Industriegesellschaft nicht an mangelnden Ressourcen zugrunde gehen, sondern weit zuvor an ihren Ausscheidungen ersticken. Dafür stehen der vom Menschen verursachte Klimawandel, die Abnahme der Biodiversität und die Vermüllung unserer Meere, kurz: die Probleme des Anthropozän.

Auf der anderen Seite hat aber die bahnbrechende Entwicklung im Bereich der Erneuerbaren Energien die Möglichkeit geschaffen, unser gesamtes Energiesystem – für eine erheblich gestiegene Weltbevölkerung – komplett umzustellen. Blicken wir nur 30 Jahre zurück, so war das keineswegs selbstverständlich. Damit haben wir alle Schlüssel zur effektiven Problemlösung in der Hand, es ist allein eine Frage des Willens zur Beseitigung überholter Machtverhältnisse.

Anders sieht es bei der Digitalisierung aus. Sie zeigt alle Merkma-



© Mehr Demokratie (BY-NC 2.0)

le disruptiver Technologien in einer frühen Phase. Die Entwicklungen finden viel schneller statt als die rechtlichen, kulturellen und sozialen Rahmenbedingungen hinterherkommen können – verbunden mit neuen massiven ökonomischen Machtkonzentrationen und gesellschaftlichen Brüchen. Gestaltung täte not, aber große Teile der Politik stehen hilflos daneben oder betätigen sich als naive Antreiber, wie die FDP mit ihrem Spruch „Digital first – Bedenken second“ im letzten Bundestagswahlkampf. Dass in einem solchen Umfeld krisenhafte Entwicklungen vorgezeichnet sind, versteht sich von selbst. Ob am Ende aber autoritäre Regime und grenzenlose Konzernmacht stehen, das haben wir durchaus noch in der Hand. Was spräche z.B. gegen die Überführung von Facebook und Co. in gemeinnützige Strukturen mit zivilgesellschaftlicher Beteiligung?

**Wo Politik versagt,
muss Zivilgesellschaft
aktiv werden**

Womit wir wieder bei der Rolle und Verantwortung zivilgesellschaftlicher Organisationen wären. Ihre Bedeutung ist in den letzten Jahrzehnten nicht nur in Deutschland und Europa, sondern weltweit erheblich gestiegen. Kein nationales, europäisches oder internationales Regulierungsvorhaben, in dem nicht zivilgesellschaftliche Institutionen eine wichtige Rolle spielen, mal in Kooperation, mal im Konflikt wie z.B. bei der Verhinderung des Handelsabkommens TTIP. Daraus ergibt sich aber auch mehr Verantwortung. Gerade in Zeiten, in denen sich eine Regierung mehr mit der Beschreibung von Problemen als mit deren Lösung beschäftigt, muss Zivilgesellschaft sich stärker einmischen und mehr themen- und akteursübergreifende Kooperationen anstreben.

Machen wir also nach der Zeitreise in die Vergangenheit eine Reise in die Zukunft – 2 Szenarien zur Beflügelung unserer Phantasie:

1. NGO-Kooperation bringt Konsens über Grundeinkommen

Nach der 4. Regierungskrise der großen Koalition im Jahr 2019 war es ihnen zu bunt geworden: Zusammen mit Gewerkschaften und Online-Campaignern gründeten Umwelt-, Sozial- und Demokratieverbände

ein themenübergreifendes Diskussions- und Kampagnenportal. Ziel: Erarbeitung von eigenen Lösungsvorschlägen. Der Gründungsprozess war nicht einfach, schließlich bedurfte es einer längeren Probephase, um Vertrauen in das neue Instrument und die Kooperation zu schaffen. Eine neue Kombination von Offline-Aktivitäten wie Bürgergutachten und Online-Abstimmungen wurde erprobt – die langjährige Erfahrung vieler NGOs mit Digitalisierung hatte das möglich gemacht. Im Jahr 2028 war es dann so weit: Das erste von insgesamt 18 Projekten war fertig: Marie-Luise A., Sprecherin der AG Nachhaltige Sozialsysteme, konnte Sozialministerin Annalena B. und den Fraktionsvorsitzenden den Vorschlag für ein zukünftiges Grundeinkommen übergeben. Nicht jedes Detail konnte geklärt werden, aber der Durchbruch war geschafft und außerdem blieb Spielraum für die weiteren parlamentarischen Beratungen.

2. Frühzeitige Krisenvorbereitung bringt nachhaltige Mobilität

Die NGO-Debatten des Jahres 2020 waren von einem merkwürdigen Widerspruch gekennzeichnet: Viel und oft wurden Krisen beschworen, aber die Forderungspapiere enthielten meist nur prozentuale Plan-Steigerungsraten oder CO₂-Preiserhöhungen. Das war einerseits sympathisch, denn wer wollte schon mutwillig Krisen herbeireden – andererseits aber auch ein wenig naiv und fahrlässig. Zu frisch war noch die Erinnerung an die Finanzkrise 12 Jahre zuvor, als die Automobilindustrie mit der Abwrackprämie vorgeführt hatte, wie man in der Krise zum eigenen Nutzen Vorschläge aus der Schublade zieht. Was, so stellten einige NGO-VerkehrspolitikerInnen die bange Frage, wenn die irre Gewinnblase der Autokonzerne platzen sollte? Würde dann die Bundesregierung gar die Autokonzerne mit Steuermitteln stützen? Grund genug für ExpertInnen aus BUND, ADAC und IG Metall sich mit einer Reihe von WissenschaftlerInnen zusammzusetzen und Pläne zum Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, zur Ankurbelung der Bahnwirtschaft sowie zur Produktion von Elektrobussen und kleinen Elektromobilen zu schmieden. Lange Zeit lagen sie in der Schublade und wurden von Zeit zu Zeit aktualisiert. Kleine Teile daraus konnten bereits

in die Koalitionsverhandlungen 2026 eingebracht werden. Im Jahr 2038 kam es dann doch noch zum großen Crash. China und die USA schlossen in ihrem neuen Handelsabkommen die Einfuhr von Autos mit Verbrennungsmotor und einem Gewicht von über 200 Kilogramm pro beförderter Person aus. Bereits wenige Monate zuvor hatte die Europäische Kommission ein Milliarden-Joint Venture von Google und Tencent zusammen mit Dupont und BASF durchwinken müssen – für Produktionsstätten selbstfahrender Micro-E-Mobile in der Lausitz, Neapel und Birmingham. Die Auswirkungen für die deutschen Autokonzerne waren fatal. Nach nur 2 Wochen richtete Bundeskanzler Kevin K. 2 Kommissionen ein – zur zukünftigen Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs und zur Begleitung der Konversion bestehender Automobil-Produktionsstätten. Das selbstverschuldete Ende der großen Automobilkonzerne öffnete den Weg in eine neue nachhaltige Mobilitätswirtschaft.

Illusorisch? Utopisch? Mag sein. Aber notwendiger denn je. 2 Beispiele, die zeigen, wie zivilgesellschaftliche Organisationen neben ihrer Funktion als Wächter und Interessensvertreter in Zukunft stärker Verantwortung übernehmen könnten.

Nach über 3 Jahrzehnten Liberalisierung und Deregulierung neigt sich das neoliberale Zeitalter dem Ende zu. Es scheitert daran, die Begrenztheit unserer natürlichen Lebensgrundlagen missachtet zu haben, und verliert immer mehr den Anspruch eines universalen Leitmotivs. Die aggressive und autoritäre Variante steht schon bereit, im Krisenfall die Nachfolge anzutreten. Es ist auch unsere Aufgabe als Zivilgesellschaft, an der Erarbeitung einer Alternative auf der Grundlage gemeinnütziger und gemeinwohlorientierter Strukturen mitzuarbeiten.



Ernst-Christoph
Stolper

Der Autor ist stellvertretender Vorsitzender des Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) und Mitglied im Leitungskreis des Forum Umwelt und Entwicklung.



3 / 2018

Rundbrief

Forum Umwelt & Entwicklung

RUNDBRIEF-SPEZIAL
zur Zukunftskonferenz
Schöne Neue Welt

Schöne Neue Welt 2048

Die Welt in 30 Jahren: flexibel, digital,
kosmopolitisch, aber leider nicht nachhaltig